

durch Wohlstandsprophetie gemolken werden? Gibt es charismatische Gruppen in Ghana, die in der Lage sind, die Wohlstandslehre vollständig zu indigenisieren und damit wirklich zu einer nachhaltigen Entwicklung beizutragen, die die verarmten Massen aus der Misere befreit?

Diese drängenden Fragen können nicht darüber hinwegtäuschen, dass das Buch eine Fundgrube für jede*n ist, der*die sich für afrikanische und insbesondere ghanaische charismatische Kirchen und deren Weltanschauungen interessiert. Während Religionswissenschaftler*innen die Monographie sicherlich als inspirierende Lektüre empfinden, können Spezialist*innen anderer Bereiche wie der Soziologie insbesondere von der darin enthaltenen kulturellen Analyse profitieren. Daher empfehle ich dieses Buch sowohl Student*innen und Wissenschaftler*innen, die sich mit afrikanischer/ghanaischer Kultur und Religion beschäftigen, als auch denjenigen, die die Wohlstandslehre als Rätsel oder als Allheilmittel gegen soziale Ungleichheit betrachten.

Chigemezi Nnadozie Wogu

Übersetzung aus dem Englischen: Daniel Bendix

<https://doi.org/10.3224/peripherie.v41i2-3.19>

Christopher Hope: *Developmentalism, Dependency, and the State.*

Industrial Development and Economic Change in Namibia since

1900. Basel: Basler Afrika Bibliographien 2020, 198 Seiten

Die Debatte um die Rolle des Staates in Strategien nachholender Entwicklung begleitet diese Prozesse seit Beginn und hat durch die neuere Kritik am lange Zeit hegemonialen Neoliberalismus etwa durch Erik S. Reinert (rezensiert in *PERIPHERIE* 150/151) eine neue Richtung und einen gewissen Schub bekommen. Hier ordnet sich auch die vorliegende, an der Universität Cambridge verfasste Dissertation ein. Wie der Verfasser mehrfach betont, handelt es sich um den ersten Versuch einer Gesamtbetrachtung von Ansätzen zu industrieller Entwicklung im kolonialen und nachkolonialen Namibia.

Der Untersuchungszeitraum reicht von 1900 bis in die Zeit der Niederschrift um 2018. Christopher Hope unterteilt ihn durch die Zäsuren 1945, mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges, und 1990, der Unabhängigkeit Namibias. Damit tritt der für die wirtschaftliche Orientierung des Landes öfters als nicht unwesentlich bezeichnete Wechsel der Kolonialmacht durch die südafrikanische Besetzung des damaligen Deutsch-Südwestafrika 1915 deutlich zurück. Vielleicht auch aufgrund der bekannten mangelnden Sprachkompetenz des Autors – dies betrifft Deutsch ebenso wie Afrikaans – setzt die eigentliche Analyse eher mit dem Beginn des Völkerbund-Mandats 1920 ein, das Südafrika die volle Handlungskompetenz garantierte. Hope betont die stark auf die Landwirtschaft konzentrierte Politik der Mandatsmacht, die Zweige wie die höchst lukrative Zucht von Karakulschafen, teilweise auch die Verarbeitung von Milch- und besonders von Fischereiprodukten zeitweise förderte, das Aufkommen sonstiger industrieller Unternehmen aber eher behinderte, etwa durch die Zollunion mit Südafrika und für Namibia ungünstige Eisenbahntarife. Daran änderte sich nach

1945 nichts Grundlegendes, auch wenn im Zuge der Homeland-Politik staatlich inszenierte *development corporations* gegründet wurden. Boomperioden während des Zweiten Weltkrieges und während der 1950er Jahre begünstigten industrielle Ansätze in der Fisch- und Fleischverarbeitung ebenso wie in der Molkereibranche, die aber kurz danach unter dem Druck der südafrikanischen Konkurrenz zusammenbrach. Gerade solches Scheitern belegt sicher das von Hope immer wieder betonte „Fehlen einer Industriepolitik“ (78) während der gesamten Zeit südafrikanischer Herrschaft. Man muss dem Autor auch zustimmen, wenn er zeigt, dass sich daran nach der Unabhängigkeit nichts Grundsätzliches geändert hat. Das geht auf die Ineffizienz und Inkompetenz des zuständigen Ministeriums ebenso zurück wie auf eine beeindruckende Kette von Interventionen sowohl von Privatfirmen und Unternehmer*innen-Vereinigungen als auch der EU, die wiederholt Anläufe konterkarierten, aufstrebende Industriezweige durch Schutzzölle zu fördern. Hinzu kamen nur sehr begrenzte Fortschritte mit Freien Produktionszonen oder das Scheitern des wohl umfangreichsten Versuchs einer Ansiedlung verarbeitender Industrie, des hoch subventionierten Bekleidungsunternehmens Ramatex, das nach wenigen Jahren abrupt geschlossen wurde. Eine gewisse Veränderung trat bei der Verarbeitung von Diamanten ein, die Anfang der 1950er Jahre vom südafrikanischen Giganten de Beers noch verweigert wurde, nach der Unabhängigkeit aber in begrenztem Maße einsetzte. Leider fehlen Hinweise auf das Arrangement zwischen de Beers und dem namibischen Staat; auch der seit den 1990er Jahren forcierte Uranbergbau wird kaum gestreift. Man kann daher der sehr ungünstigen Gesamtdiagnose einer bestenfalls in Ansätzen formulierten und bestenfalls zaghafte ausgeführten Industriepolitik folgen, doch weist die Analyse noch weitere gravierende Lücken auf.

Dies gilt insbesondere, bedenkt man den Anspruch, diese Analyse an „politischer Ökonomie“ zu orientieren. Dafür fehlt eine Berücksichtigung von Macht- und Herrschaftsverhältnissen nahezu vollständig, und der Autor bekennt in seiner Schlussbetrachtung, er habe „class“ völlig ausgespart (155, Anm. 6). Dies gilt erst recht von der Arbeitskraft, die ja für Industrie auch gebraucht wird. Noch nicht einmal Rekrutierungs- und die damit verbundenen, gut dokumentierten Migrationsprozesse kommen vor, auch die außerhalb des Bereichs des Siedlerkolonialismus liegenden Territorien, von denen diese Prozesse hauptsächlich ausgingen, werden kaum erwähnt. Wenn Hope also am Schluss darüber sinniert, ob „Entwicklungsstaaten“ notwendig diktatorisch sein und Arbeitskräfte disziplinieren müssten, hängen solche Betrachtungen in der Luft.

Leider enttäuscht das Buch auch mit dem mehrfach vorgetragenen Anspruch, ausführlich Primär- und Archivquellen benutzt zu haben. Für die 1920er Jahre kommt Hope fast gänzlich mit den jährlichen Berichten des Administrators an den Völkerbund aus; sonst kompiliert er über weite Strecken vorhandene Literatur. Die für jüngere Phasen eingesetzten Interviews, teilweise mit hochgestellten Akteuren, werden einfach in Zitaten aufgeführt und nicht ansatzweise kritisch untersucht. Zu all dem passt die sprachliche Präsentation, die auch für Leidgeprüfte neue Erfahrungen bereithält, etwa die wiederholte Vertauschung von „than“ und „that“ – *spell check* genügt halt nicht, um einen ordentlichen Text zu produzieren, und wo ein Lektorat

ganz offensichtlich fehlt, haben die Leser*innen das Nachsehen. Wer sich dennoch der Mühe unterzieht, kann immerhin auf eine Zusammenstellung von teils nicht leicht zugänglicher Literatur zurückgreifen – unter Berücksichtigung der genannten sprachlichen Beschränkungen, die in einem Land wie Namibia allerdings gravierend sind.

Reinhard Kößler

<https://doi.org/10.3224/peripherie.v41i2-3.20>

James Goodman, Linda Connor, Deveena Ghosh, Kanchi Kohli, Jonathan Paul Marshall, Manju Menon, Katja Müller, Tom Morton, Rebecca Pearse & Stuart Rosewarne: *Beyond the Coal Rush. A Turning Point for Global Energy and Climate Policy*. Cambridge: Cambridge University Press 2020, 266 Seiten

Energiepolitisch hat Kohle wohl derzeit den schwersten Stand aller Energieträger. Selbst konservative Institutionen wie die *Internationale Energieagentur* haben inzwischen zu einer schnellen Schließung von Kohlekraftwerken aufgerufen. Auch Donald Trump, der versucht hatte, Kohleausbeutung in den USA wiederzubeleben, scheiterte, denn während seiner Amtszeit verzeichnete die Kohleförderung ein Minus. Damit scheint das Ende des Kohletagebaus endgültig beschieden. Warum Kohle weiterhin ein Faktor bleibt, erklären die zehn Autor*innen des vorliegenden Buches (kein Sammelband), die an Universitäten in Australien, Indien und Deutschland angestellt sind, und unterfüttern dies mit Fallstudien aus den genannten Ländern.

In Deutschland, Indien und Australien trug Kohle zentral zur wirtschaftlichen Entwicklung bei und bleibt bis heute zentrale heimisch geförderte Energiequelle. Dem Staat fällt hierbei eine sehr zentrale Steuerungsfunktion zu, wie in den Fallstudien deutlich wird. Energie- und Klimagesetze, Subventionen, die Ausgestaltung von Beteiligungsprozessen und Steuern tragen wesentlich dazu bei, wie sich Energiepolitik ausgestaltet und auf welche Energieressource langfristig gesetzt wird. Kohlefördernde Staaten stoßen sich immer stärker an globalen Klimazielen und gegen-hegemonialen Energieprojekten, die den Ausbau von erneuerbaren Energiequellen befördern. Allerdings verlaufen die Bruchlinien nicht allein zwischen kohlefördernden Staaten und internationalen Abkommen. Vielmehr organisieren sich in den Ländern Befürworter*innen und Gegner*innen von Kohle zivilgesellschaftlich.

Das Beispiel der Lausitz in Kapitel vier zeigt, dass der Signifikant der „Heimat“ in Bezug auf die Kohleförderung zentral und umkämpft ist, wobei Fragen des Klimas bei den meisten Befragten nicht im Vordergrund standen. Da die Lausitz stark mit der Kohleindustrie verknüpft ist, sehen viele der dort lebenden Menschen den Kohleausstieg als Verlust ihrer Heimat an. Vor allem stellten die Braunkohletagebaue über Generation eine Lebensgrundlage dar. Viele Familien, Gewerbe und Industriegewerkschaften nehmen daher den Verlust von Arbeitsplätzen in dieser Industrie als „Strukturbruch“ wahr (142). Die Energiewende, in deren Zug die Kohle in Deutschland bis 2038 völlig aus dem Energiemix genommen werden soll, hat es somit hier als strukturschwache Region besonders schwer, Akzeptanz zu finden. Allerdings berufen sich auch explizite Gegner*innen des Kohleabbaus in der Lausitz auf ihre Heimat. Denn aus einer kohlekritischen Sicht bedeutet Tagebau der Verlust